

Kooperationen & Reparationen

Unstrittig dürfte sein: Die Klimakrise ist vor allem durch den Globalen Norden verursacht, insbesondere wenn die historischen CO₂-Emissionen miteingerechnet werden. Dennoch haben die primär Betroffenen im Globalen Süden kaum Ressourcen, um sich gegen Klimaveränderungen zu wappnen, was wiederum auf die Zerstörungen durch (neo-)koloniale Dominanz und Ausbeutung verweist. Dieser fundamentalen Gerechtigkeitslücke ist allerdings nicht mit sogenannter Entwicklungshilfe beizukommen. Vielmehr sollte das Verursacherprinzip gelten, wonach die Industrieländer Entschädigung und Klima-Reparationen zu zahlen haben. Solche Überlegungen gehören zwar zum rhetorischen Einmaleins bei hiesigen Klima-Protesten, dennoch gibt es kaum Kontakte mit konkret Betroffenen. Eine sozial-ökologische Transformation im globalen Maßstab kann aber nur erreicht werden, wenn Basisinitiativen in einer Süd-Nord-Perspektive direkte transnationale Kooperationen eingehen – im Sinne klimagerechter Lösungen von unten. Neue Allianzen sind gefragt zwischen Initiativen in den Verursacherländern und Basisgruppen, Gewerkschaften und Gemeinden im Globalen Süden. Durch einen regelmäßigen Austausch über die jeweilige Arbeit würde das abstrakte Wissen um die globalen Zusammenhänge auch für Aktivist*innen im Norden direkt erfahrbar werden. Die Stimmen der Betroffenen bekämen mehr Gewicht und wären bei Aktionen in den Verursacherländern automatisch präsent, etwa wenn die Aktivist*innen ihre Redebeiträge und Video-Clips direkt aufs Handy geschickt bekommen. Die Bewegungen im Globalen Süden erhielten politische Unterstützung, indem ihre Analysen und Forderungen weiterverbreitet würden und es entstünde ein zusätzlicher Motivations-schub für die eigene Klimaaktion. Und: Im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels müssten sich Aktivist*innen im Globalen Norden fragen, wie sie Bewegungen im Globalen Süden auch materiell unterstützen könnten, sofern dies erwünscht ist. Denn die Bedingungen politischer Organisation sind in vielen Ländern extrem prekär. Durch Klima-Reparationen im Kleinen würde die Ausgangsposition der primär Betroffenen für politischen Aktivismus enorm gestärkt werden.

Afrique-Europe-Interact arbeitet fast ausschließlich ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter*innen in Mali, Niger, Burkina Faso, Guinea, Togo und Marokko. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen!
→ Seite 4



Mali: Im August 2019 wurde das Dorf Markabassy im Office du Niger durch heftigen Starkregen überschwemmt, die Behörden wollen das Dorf jetzt sperren [Foto: Modibo Nabé]

Die Klimakatastrophe ist längst da

Brennpunkt Sahel – oder wie Europa seine Wohlstandsinteressen verteidigt

Anfang der 1970er Jahre erlebten die Länder des Sahel die schlimmste Dürre im 20. Jahrhundert, 1984 und 1985 spitzte sich die Lage erneut zu. Allein während der ersten Trockenphase erhielten eine Million Menschen Nahrungsmittel aus dem Ausland, Hunderttausende starben, Zehntausende wurden zu Geflüchteten. Zudem fielen rund Zweidrittel der 64 Millionen Nutztiere der Hitze und dem Wassermangel zum Opfer, und das in einer Region, in der bis heute größere Teile der Bevölkerung von der Viehwirtschaft leben. Lange galten Überweidung und übermäßiger Holzeinschlag als Auslöser der Krise: Durch den geringeren Baum- und Buschbestand sei weniger Wasser verdunstet, was nicht zuletzt die Regenmenge reduziert habe. Heute hingegen spricht aus Sicht der Klimaforschung vieles dafür, dass die beiden Jahrhundertdürren die ersten Effekte des menschengemachten Klimawandels waren.

All das, was damals noch unverstanden war, wird mittlerweile durch umfassende Forschungsergebnisse untermauert: Zwischen 1970 und 2010 ist die Temperatur im Sahel mit 0,6 bis 0,8 Grad schneller als im weltweiten Durchschnitt gestiegen, erwartet werden derzeit mindestens 4 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts. Umgekehrt haben die Niederschläge zwischen 2000 und 2009 zwischen 8 und 15 Prozent abgenommen. Doch nicht nur das: Auch die Niederschlagsmuster verändern sich: Die Regenzeit wird kürzer, es regnet unregelmäßiger, zudem kommt es immer öfter zu sintflutartigen Regenfällen mit anschließenden Überschwemmungen. Kein Wunder also, dass sich die Ackerbaugrenze im Sahel seit 1970 um 100 Kilometer nach Süden verschoben hat.

In der öffentlichen Debatte ist meist von "Klimawandel" die Rede. Sachlich ist das zutreffend. Gleichwohl sollte nicht aus dem Blick geraten, dass es aus der Perspektive der Be-

troffenen um handfeste Katastrophen geht. Was das praktisch bedeutet, haben zahlreiche Mitglieder der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON erfahren, die sich 2014 im Rahmen von Afrique-Europe-Interact in Mali gegründet hat. Denn im August ist es in mehreren Ländern des Sahel tagelang zu heftigen Regenfällen gekommen, auch in der Bewässerungsregion des Office du Niger, wo die COPON verankert ist. Folge war, dass unter anderem das Dorf Markabassy nahezu vollständig überflutet wurde – und das mit dramatischen Konsequenzen: Dutzende Lehmhäuser sind zusammengebrochen; 170 Familien mussten fliehen; Vorräte, Felder und Reiskulturen wurden zerstört, außerdem hat das in der Regenzeit ohnehin hohe Malarierisiko einmal mehr zugenommen. Umso schlimmer, dass das Dorf und die umliegenden Felder noch Ende November auf einer Länge von 2,5 Kilometer überschwemmt waren. Auch deshalb betonen die älteren Mitglieder der COPON, dass sie derart heftige Regenfälle noch nie erlebt hätten.

So wichtig es ist, den Klimawandel als Ursache zu benennen, so falsch wäre es, andere Ursachen auszublenden: Markabassy wird von den Feldern mehrerer Großgrundbesitzer umgeben – unter ihnen ein Minister, ein General und ein hoher Landwirtschaftsfunktionär. Diese haben allerdings ihre Entwässerungskanäle nicht vorschriftsmäßig gebaut – mit der Konsequenz, dass überschüssiges Wasser Richtung Markabassy abfließt, was wiederum deshalb möglich war, weil Markabassy in einer Senke liegt. Offiziell dürfte es hier gar kein Dorf geben, aber die Behörden haben nie ernsthaften Einspruch erhoben oder alternative Flächen zur Verfügung gestellt. Im Gegenteil: Sie haben

Steuern und Wassergebühren kassiert, ohne jedoch das Dorf mit Deichen zu schützen. Dies verweist auf einen dritten Skandal: Selbst dort, wo Entwässerungskanäle existieren, ist ein problemloser Ablauf des Wassers keinesfalls garantiert. Denn oftmals werden die Kanäle nur unzureichend gereinigt, gerade jene, für die die staatliche Verwaltung zuständig ist. Folge ist, dass bei Starkregen die Kanäle vielerorts über die Ufer treten und die Situation verschärfen – ein Effekt, der sich auch bei den aktuellen Überschwemmungen bemerkbar gemacht hat.

Insgesamt zeigt das Beispiel von Markabassy, wie wichtig es ist, die Auswirkungen des Klimawandels stets unter Berücksichtigung weiterer Krisenfaktoren zu betrachten. Dies gilt auch für die Konflikte zwischen Viehhir-

ten und Ackerbauern im Sahel, über die in den letzten Monaten in internationalen Medien viel berichtet wurde. Denn Konkurrenz um Boden und Wasser ist keines-

wegs neu. Neu ist jedoch, dass die althergebrachten Konfliktlösungsmechanismen nicht mehr greifen: Erstens, weil sich die generelle Lage im Zuge von Bevölkerungswachstum und Ausweitung der Wüste immer stärker zuspitzt. Zweitens, weil traditionelle Streitschlichter wie Dorfchefs oder Ältestenräte bei der Bevölkerung deutlich an Reputation verloren haben, unter anderem deshalb, weil viele von ihnen an korrupten Landvergabepraktiken beteiligt sind. Drittens, weil auch der Staat an Autorität eingebüßt hat – teils wegen Korruption, teils, weil er seinen grundlegenden Aufgaben wie der Bereitstellung einer funktionierenden Justiz oder von Bildung und Gesundheitsversorgung kaum noch nachgekommen. Viertens, weil sich – nicht zuletzt als Reaktion

auf diese Missstände – immer mehr Milizen gründen, um die Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen mit Waffengewalt durchzusetzen, häufig unter islamistischer Flagge (vgl. S. 3.)

Und Europa? Europa tut so, als ob es mit all dem nichts zu tun hätte. Weder mit den ökonomischen und politischen Verwerfungen in zahlreichen afrikanischen Ländern (vgl. S. 2) noch mit dem Klimawandel. Gerade Deutschland gefällt sich immer wieder in der Rolle des vermeintlichen Vorreiters in puncto Klimaschutz, obwohl es mit einem jährlichen Ausstoß von ca. 11 Tonnen CO₂ pro Kopf weiterhin einen Spitzenplatz im europäischen Vergleich innehält. Die fehlende Bereitschaft, aus der längst eskalierten Klimakatastrophe ernsthafte Schlussfolgerungen zu ziehen, ist Ausdruck eines europäischen Wohlstandschauvinismus. Deutlich wird, dass insbesondere die konsumstarken Mittel- und Oberschichten den eigenen Komfort höher veranschlagen als die soziale Lage jener Menschen im Süden des Globus, die ohnehin schon mit dem Rücken zur Wand stehen. Umso wichtiger ist, es, praktisch zu werden: Afrique-Europe-Interact hat für die COPON-Mitglieder in Markabassy im September eine Spendenkampagne gestartet. Doch das ist nur ein erster Anfang. Nötig ist vielmehr, mit Hochdruck all jene Maßnahmen rasch anzugehen, die auf dem Weg zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft notwendig sind – ganz gleich, welche gesamtgesellschaftlichen Umbaumaßnahmen dies in letzter Konsequenz erfordert. Zudem müssen all jene, die bereits jetzt vom Klimawandel betroffen sind, bei der Anpassung an den Klimawandel ernsthaft und nachhaltig unterstützt werden (vgl. hierzu auch nebenstehenden Artikel).

Die Mitglieder der COPON haben zwei Videos von den Überschwemmungen erstellt, die beide mit deutschen Untertiteln auf unserer Webseite abrufbar sind.

Seit 1970 hat sich die Ackerbaugrenze im Sahel um 100 Kilometer nach Süden verschoben.

Diskrete Nähe

Kamerun: Nachsicht für Langzeitautokrat

In Europa gehört es zum guten Ton, Korruption, Vetternwirtschaft und Missmanagement in afrikanischen Ländern anzuprangern. Prinzipiell ist das gerechtfertigt, denn niemand bestreitet, dass schlechte Regierungsführung eines der Kernprobleme in vielen Teilen Afrikas darstellt. Problematisch ist jedoch, dass diese Kritik europäische Regierungen nicht davon abhält, mit autoritären oder diktatorischen Regimen eng zusammenzuarbeiten. Hintergrund sind meist wirtschaftliche, migrationspolitische oder geostrategische Interessen. Zu den bekanntesten Beispielen zählt Kamerun, weshalb Afrique-Europe-Interact bereits seit mehreren Jahren die Arbeit der kamerunischen Exilopposition in Europa unterstützt.

Am 11. Oktober 2018 hat der Deutsche Bundestag über Kamerun debattiert. Aufhänger war die Eskalation des Konflikts zwischen englischsprachiger Minderheit im Westen des Landes und der französischsprachigen Zentralregierung. Dabei überraschte die vergleichsweise große Einigkeit, was den grundlegenden Charakter des Regimes betrifft. Der grüne Abgeordnete Uwe Kekeritz sprach sogar von „Staatsterrorismus“. Mit ähnlichem Tenor wurde die Lage in Kamerun am 18. April 2019 im europäischen Parlament thematisiert. In einer ungewöhnlich harschen Erklärung verurteilte das Parlament nicht nur die „Gewalttaten“ staatlicher Sicherheitskräfte. Es forderte die kamerunische Regierung auch auf, „eine echte, repräsentative und lebendige Demokratie aufzubauen“.

So weit die Theorie, die Praxis hingegen sieht anders aus. Federführend hierfür ist in Deutschland das Außenministerium, auf dessen Webseite es lapidar heißt: „Die deutsch-kamerunischen Beziehungen sind gut“. Kein Wunder also, dass die Bundesregierung am 23. Oktober 2019 im Bundestag einen von Präsident Paul Biya initiierten Dialogprozess begrüßt hat – trotz beißender Kritik seitens der kamerunischen Opposition. Zudem wurde das französische Engagement in Kamerun ausdrücklich gelobt. Spätestens dies macht die Widersprüchlichkeit des deutschen Vorgehens deutlich. Denn gerade Frankreich spielt seit Jahrzehnten eine fatale Rolle in Kamerun, worauf auch Richard Fouofié Djimeli im nebenstehenden Interview hinweist. So haben Investigativ-Journalist*innen aufgedeckt, dass eine französische Firma bis 2017 gepanzerte Fahrzeuge an die berüchtigten schnellen Einsatzkommandos („Bataillon d'intervention rapide“) der kamerunischen Armee geliefert hat – Einheiten, die immer wieder am Niederbren-

nen von Dörfern und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, wie eine aufwändige BBC-Recherche im Juni 2018 gezeigt hat.

Doch dies war nur der Anfang. Nachdem Paul Biya im September 2019 den seit 10 Monaten willkürlich inhaftierten Oppositionsführer Maurice Kamto freigelassen hat, zeigte sich der französische Präsident Macron demonstrativ mit dem Langzeitregime anlässlich einer internationalen Gesundheitskonferenz in Lyon. 12 Tage später reiste der französische Außenminister nach Kamerun und verkündete eine „Wiederbelebung der französisch-kamerunischen Beziehungen in sämtlichen Bereichen“.

Kamerun steht nicht allein. Ein ähnliches Beispiel ist Togo, wo seit 1967 durchgehend die gleiche Familie an der Macht ist. Entsprechend hat sich Afrique-Europe-Interact immer wieder mit Demonstrationen und Protestbriefen an die deutsche Bundesregierung gewandt. Freilich auch hier mit der gewohnten Reaktion: Die Probleme werden nicht bestritten, aber Togo wird eine positive Entwicklung beschieden – und das, obwohl es in dem westafrikanischen Land immer wieder zu Massenprotesten kommt, die brutal niedergeschlagen werden. Hierzu passte, dass der deutsche Botschafter in Togo die dortigen Parlamentswahlen im Oktober 2018 gutgeheißen hat – völlig unbeeindruckt davon, dass die Wahlen von großen Teilen der Bevölkerung boykottiert wurden.

Die Situation in Ländern wie Kamerun oder Togo verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass von außen Druck ausgeübt wird. Denn es gibt Möglichkeiten zur Einflussnahme, unter anderem im Rahmen von Entwicklungspolitik. Dabei gilt es, mit Augenmaß vorzugehen. Denn nicht jede entwicklungspolitische Maßnahme ist automatisch schlecht. Gleichwohl ist es absurd, dass das deutsche Entwicklungsministerium „gute Regierungsführung“ in Kamerun fördert, während gleichzeitig Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien das autokratische Regime in Kamerun geißeln. Demgegenüber läge es ungleich näher, im Rahmen der EU Druck auf Frankreich auszuüben, endlich die jahrzehntelange Hinterhofpolitik in seinen ehemaligen Kolonien aufzugeben.

Afrique-Europe-Interact wird Anfang 2020 Proteste zu Kamerun und Togo organisieren. Auf unserer Webseite befinden sich zahlreiche Artikel, Videos und Dokumente zu beiden Ländern, unter anderem das erwähnte BBC-Video und die Erklärung des Europäischen Parlaments.

Paul Biya ist seit 1982 Präsident von Kamerun. Niemand bestreitet, dass er ein Autokrat ist, aber offiziell gelten die deutschen Beziehungen zu Kamerun als gut.



Protest von „Botschafter“ Richard Djimeli, Berlin 2019 [Foto: Thorsten Strassas]



In Togo und Kamerun herrschen Langzeit-Autokraten – trotz Massenprotesten wie hier in Togo im September 2017 [Foto: Pius Utomi Ekpei / AFP]

„Wie ein menschlicher Gott“

Richard Fouofié Djimeli über die Diktatur von Paul Biya in Kamerun

Richard Fouofié Djimeli ist Filmproduzent und Schauspieler. Nachdem er 2013 die Filmsatire „Les derniers prédateurs“ (Die letzten Räuber) veröffentlicht hat, wurde er vom kamerunischen Geheimdienst entführt und gefoltert. Seitdem lebt Djimeli in Berlin und ist aktiv bei Afrique-Europe-Interact. Derzeit arbeitet er an einem Film zu zirkulärer Migration in Mali.

Du hast zusammen mit anderen Exil-Oppositionellen in der Nacht vom 26. auf den 27. Januar 2019 die kamerunische Botschaft in Berlin besetzt. Was war der Anlass?

In Kamerun hat es am gleichen Tag eine friedliche Demonstration der Opposition gegeben – unter anderem gegen die Wahlfälschung bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018. Aber die Sicherheitskräfte haben gezielt geschossen, auch auf eine bekannte Anwältin. Einem Mann wurde in die Beine geschossen, trotzdem hat die Polizei ihn gezwungen weiterzulaufen. Das war wie ein offener Krieg in Douala, der zweitgrößten Stadt in Kamerun. Deshalb wollten wir ein starkes Zeichen setzen, auch um deutlich zu machen, dass es in Kamerun eine Diktatur gibt.

In Paris wurde die kamerunische Botschaft ebenfalls besetzt – war das koordiniert?

Nein. Wir hatten am Nachmittag eine Demonstration vor der Schweizer Botschaft organisiert. Und erst dort haben wir über WhatsApp die Bilder aus Kamerun erhalten. Es war eine spontane Entscheidung, die Botschaft zu besetzen.

Warum vor der Schweizer Botschaft?

Das ist das zweite Land des kamerunischen Präsidenten Paul Biya: Nur wenn er nicht dort oder in Frankreich ist, hält er sich in Kamerun auf. In Genf hat Paul Biya ein großes Appartement im Intercontinental-Hotel, wo er bis zu 6 Monate pro Jahr lebt. Er residiert dort wie ein König. Deshalb haben wir zum Protest aufgerufen.

Inwiefern waren die Wahlen im Oktober 2018 gefälscht?

Paul Biya hat selbst dort offiziell verloren, wo viele Beamte leben, die von seinem Regime profitieren. Gravierender ist aber, dass bei der Prüfung der Wahlergebnisse deutlich wurde, dass die Liste mit den Ergebnissen aus den einzelnen Regionen nicht von den Vertreter*innen der Oppositionsparteien unterschrieben war. Genau das sieht das Wahlgesetz aber zwingend vor. Dieser Fehler wurde auf offener Bühne vor dem Verfassungsgericht deutlich, trotzdem hat Paul Biya die Wahlen offiziell gewonnen.

Paul Biya ist 1962 erstmalig Minister geworden, 1975 Premierminister, 1982 Präsident. Das ist eine ungewöhnlich lange Karriere. Wer ist dieser Mann?

Paul Biya ist wie ein menschlicher Gott. Ich war 4 Jahre alt, als Paul Biya zum Präsidenten ernannt wurde. Bis heute hat Paul Biya keine einzige Wahl gewonnen: 1982 hat er die Macht von seinem Vorgänger geerbt, seitdem waren die Wahlen entweder manipuliert oder von der Opposition boykottiert. Paul Biya hat ein System organisiert, das man als „eiserne Hand in Samthandschuhen“ bezeichnen kann. Denn Paul Biya herrscht über Korruption: Er unterstützt Minister bei korrupten Machenschaften, um sie erpressen zu können. Er will, dass jeder Minister Dreck am Stecken hat. Und es werden immer wieder Direktor*innen oder Minister*innen ins Gefängnis gesteckt – das kann man in der Presse ständig lesen.

Hat er denn irgendwelche Unterstützung in der Bevölkerung?

Nach meiner Schätzung sind es allenfalls 10 Prozent der Bevölkerung, die ihn anerkennen. Seine Machtinstrumente sind Angst und Bestechung. Viele Beamte sind gezwungen, mit Paul Biya zusammenzuarbeiten, um ihre Arbeitsstelle zu behalten.

Ihr betont immer, dass Biya maßgeblich durch Frankreich gestützt würde. Was sind Frankreichs Interessen?

1959 – ein Jahr vor der Unabhängigkeit – hat Frankreich einen bis heute gültigen Pakt mit Kamerun unterschrieben. Dieser legt unter anderem fest, dass Frankreich eine Art Erstzugriffsrecht auf die Bodenschätze des Landes hat. Hinzu kommen die Interessen diverser französischer Konzerne, die nichts mit Rohstoffen zu tun haben. Letztlich geht es Frankreich um Einfluss – auch wegen der Konkurrenz mit China und Russland. Frankreich ist ökonomisch in Gabun, in Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik und in Äquatorial-Guinea aktiv, auch in Nigeria, wo Total im Ölbusiness steckt. Und Kamerun liegt geographisch in der Mitte dieser Länder. Deshalb will Frankreich seine Präsenz aufrechterhalten.

Siehst du Zusammenhänge zur Kolonialgeschichte?

Maurice Kamto, der die Präsidentschaftswahlen im Oktober 2018 eigentlich gewonnen hat, saß von Januar bis Oktober 2019 im Knast. Dies verweist auf die zahlreichen Morde an unseren Unabhängigkeitsführern: Ruben Um Nyobé, der Präsident der Unabhängigkeitsbewegung UPC, wurde 1958 von französischen Truppen ermordet – UPC steht für Union der Völker Kameruns. 1961 wurde sein Nachfolger an der Spitze der

UPC, Felix Moumié, von einem französischen Agenten in Genf vergiftet. Und Ernest Ouandié – der Nachfolger von Felix Moumié – wurde 1971 hingerichtet, mit Einverständnis des französischen Präsidenten de Gaulle. Gleichzeitig wurde ein versteckter Krieg gegen die UPC geführt. Dabei ist es nicht nur zu gezielten Mordanschlägen gekommen. Es wurde auch Napalm eingesetzt, insgesamt haben bis zu 200.000 Menschen ihr Leben verloren.

Im Oktober 2018 hat der Deutsche Bundestag über die Situation in Kamerun debattiert. Aufhänger der Bundestagsdebatte war der Konflikt im Westen des Landes zwischen englischsprachiger Minderheit und Zentralregierung. In welchem Verhältnis steht dieser Konflikt zur Diktatur Paul Biyas? Und welche Rolle spielen die Angriffe von Boko Haram, die seit einigen Jahren von Nigeria in den Norden des Landes ausstrahlen?

Man kann die verschiedenen Probleme nicht vergleichen. Die Zahl der Toten in der Auseinandersetzung mit der englischsprachigen Minderheit ist mittlerweile wirklich dramatisch – konkret sollen es 4.000 sein. Bezüglich Boko Haram wird der Konflikt von der Regierung genutzt, um die militärische Präsenz Frankreichs in Kamerun zu rechtfertigen. All das ist schlimm, die Ursache dieser Konflikte ist aber die Diktatur von Paul Biya. Deshalb sollte Deutschland nicht länger Geld für ein Land ausgeben, wo Kinder auf dem Rücken ihrer Mütter erschossen werden. Es müsste auch um Sanktionen gehen – die EU hätte die Lösung in ihren Händen. Gleichzeitig muss es in Europa ein Bleiberecht für Geflüchtete aus Kamerun geben. Es geht nicht, das Biya-Regime zu kritisieren, aber Kameruner*innen abzuschieben.

Nach der Aktion in Berlin hast du dich zum Botschafter ernannt. Weshalb?

Der offizielle Botschafter ist zwar legal, nicht aber legitim – denn Paul Biya hat die Wahlen verloren. Es ist klar, dass ich kein Diplomat bin, dennoch ist es wichtig, dass in den Augen vieler nicht mehr Jean-Marc Mpay Botschafter ist, sondern Richard Fouofié Djimeli. Jedes Mal, wenn ich sage, dass ich Botschafter bin, wird diese Konfrontation mit Paul Biya sichtbar.

Was sagen die Menschen dazu?

Alle Aktivist*innen nennen mich „Botschafter“. Sie zeigen damit, dass ich ihre Stimme vertrete. Dadurch wissen die Leute, dass der reale Botschafter illegitim ist. Und doch: Damit sich in Kamerun etwas verändern kann, reicht es nicht, dass Paul Biya nicht mehr da ist. Vielmehr muss Frankreich endlich seine Politik verändern.

Mitten in die Wüste

Aziz Chehou zu Abschiebungen aus Algerien

Aziz Chehou lebt in Agadez (Niger). Er ist Lehrer, Übersetzer und Koordinator des von Afrique-Europe-Interact mitgegründeten Alarme Phone Sahara.

Das Alarme Phone Sahara (APS) ist besonders aktiv in dem kleinen Ort Assamaka an der Grenze zwischen Niger und Algerien. Was ist da los?

Assamaka ist nur ein kleines Wüstendorf, 210 km von der Stadt Arlit entfernt, es ist aber ein wichtiger Transit- und Handelsort zwischen Niger und Algerien und sogar Mali. Außerhalb des Dorfes gibt es einen Markt namens „la Dune“. Dort werden Lebensmittel und Benzin aus Algerien zu niedrigeren Kosten gehandelt. Die Menschen aus der Region, nigrische Sicherheitskräfte und auch die Goldgräber aus den algerischen Minen beziehen von dort ihre Vorräte. Zudem können Migrant*innen etwas Geld als Träger verdienen und sodann ihre Reise auf Lastwagen fortsetzen. Wichtiger ist aber, dass wir in den letzten zwei Jahren enorme Massenabschiebungen aus Algerien erlebt haben. Jede Woche bringen die Algerier zwei Konvois von 250 bis 300 Menschen aller afrikanischer Nationalitäten an die Grenze in der Wüste, darunter Ältere, Minderjährige und Behinderte. Allein im Jahr 2018 waren das rund 10.000 Menschen.

Wie laufen diese Abschiebungen ab?

Die Menschen werden bei Razzien in Algerien festgenommen und dann von der Armee in Viehtransporter gesteckt und am Point Zéro ausgesetzt, einem Niemandsland zwischen Algerien und Niger. Dort lassen die Algerier sie in Richtung Assamaka laufen. Diese 15 km lange Wanderung durch die Wüste beginnt in der Dämmerung, kann aber 4 bis 6 Stunden dauern. Oft kommen die Menschen am Grenzposten in Assamaka völlig entkräftet an, weil sie ohne Vorbereitung, ohne Geld, Wasser und Essen losgeschickt werden. Einige sind traumatisiert durch Gewalt oder die Beschlagnahmung ihrer Sachen. Und auch passiert es, dass Frauen vergewaltigt werden, oft von den algerischen Sicherheitskräften.

Was passiert dann auf der nigrischen Seite?

Die angespannte Sicherheitslage in der Region zwingt dazu, dass man in Assamaka auf die Migrant*innen warten muss, anstatt ihnen entgegenzukommen. Im Dorf leisten die „Internationale Organisation für Migration“ (IOM) und „Ärzte ohne Grenzen“ erste Hilfe. Den weiteren Transport knüpft die IOM allerdings an die Bedingung, dass sie die freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer akzeptieren. Die anderen verbleiben in Assamaka ohne ausreichendes Wasser oder Schutz vor Sonne

und Kälte und ohne weitergehende Gesundheitsversorgung. Sie versuchen, nach Algerien zurückzukehren. Darüber hinaus gibt es Migrant*innen nicht-afrikanischer Herkunft, die Niger nicht in sein Territorium einreisen lässt - etwa Menschen aus Syrien, Jemen und Bangladesch.

Und was tut das APS?

Das APS basiert auf einer Struktur von „lanceurs d'alerte“ - Informanten vor Ort, die Migrant*innen informieren, Migrationsbewegungen und Menschenrechtsverletzungen dokumentieren und zur Rettung von Migrant*innen eingreifen. In Assamaka kontaktiert unser lokaler Informant die Migrant*innen und fragt, ob alle angekommen sind. Oftmals gehen Menschen bei dem Marsch verloren oder bleiben erschöpft zurück. Unser Informant fährt dann mit dem Motorrad Richtung Point Zéro, um nach ihnen zu suchen. Er versorgt sie mit Wasser und Keksen. Er kann mit ein oder zwei Leuten auf seinem Motorrad zurückkommen. Auch informiert er mich, aber die Telefonverbindung ist sehr schwach. Manchmal kann er auch die Polizei auf ihren Patrouillen begleiten. Vor kurzem fanden sie eine alte Nigerianerin, die sich verlaufen hatte, bei einer anderen Fahrt stieß die Patrouille auf 4 Leichen und musste diese anonym begraben.

Was sind eure Perspektiven für Assamaka?

Es wäre schön, unser Team dort auf 5 oder 6 Personen zu erweitern, um wirklich effektiv zu sein. Hierfür bräuchten wir ein Allradfahrzeug und mehr Erste-Hilfe-Materialien. Und wir wollen das Monitoring dieser Abschiebungen verbessern. Denn dort geschehen schwere Menschenrechtsverletzungen. Und natürlich brauchen wir weiterhin die Unterstützung der Behörden. Auf politischer Ebene fordern wir von der neuen algerischen Regierung, ihre rassistische Politik der Ausgrenzung und des verbreiteten Verdachts gegen Menschen aus Subsahara-Afrika zu revidieren und Menschenrechte zu achten. Von der Europäischen Union fordern wir, dass sie damit aufhört, den Maghreb, den Niger und insbesondere die Migrant*innen unter ihrer Politik der Migrationsabwehr leiden zu lassen.

Wie steht die lokale Bevölkerung dazu?

Für sie sind die Abschiebungen ein destabilisierender Faktor, da die Ankunft einer großen Anzahl mittellose Menschen ihre vorhandene eigene Not in den schwierigen Lebensumständen in der Wüste verstärken kann. Diejenigen, die davon profitieren, sind eher die großen algerischen Händler auf dem Markt.

www.alarmephonesahara.info



Mali: Nach heftigen, durch den Klimawandel bedingten Starkregenfällen (vgl. S. 1) steht das Dorf Djabali Koura im Office du Niger unter Wasser, August 2019 [Foto: Modibo Nabé]

Dschihadismus im Alltag

Zum Rauchen in den Wald, mit Angst auf's Feld

Weltweit sinkt die Anzahl islamistischer Terroranschläge. Nur in wenigen Regionen steigt sie, so auch im Sahel. Dort sind wir als Afrique-Europe-Interact in Gegendern aktiv, in denen Dschihadismus eine immer größere Rolle spielt.

Davon tagtäglich betroffen sind unsere Mittstreiter*innen von der kleinbäuerlichen Basisgewerkschaft COPON, mit denen wir im November während einer Delegationsreise gesprochen haben. Wir dokumentieren hier die Eindrücke einiger Aktivist*innen der COPON, die ihre richtigen Namen nicht genannt haben wollen. In ihrer Gegend sind vor allem Einheiten aktiv, die sich der Macina-Befreiungsfront unter Führung von Amadou Kouffa zuordnen. Die Erfahrungen unser Mittstreiter*innen machen deutlich, dass Islamisten nicht nur töten, sondern Schritt für Schritt den Alltag durchdringen, soziales Leben zerstören und bäuerliche Organisation erschweren.

Eher Banditen als gute Muslime

Während wir unter einem alten Mango- baum auf den zweiten Aufguss des zuckrig-starken Grüntees warten, trifft Ousmane ein. Er ist Fulbe und stellt klar: Es stimmt, dass die meisten Dschihadisten Fulbe sind, aber es sind auch die Fulbe – die anderen 99 Prozent –, die unter dem Dschihadismus am meisten leiden [*]. Nicht nur sind wir direkt von der dschihadistischen Unterdrückung betroffen, nein, wir werden auch immer stärker diskriminiert – als seien wir alle Terrorismusunterstützer. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen werden so immer mehr gegeneinander aufgebracht. In der COPON sind wir viele Fulbe, aber es sind auch Bambara, Dogon und Bozo dabei. Die Gewerkschaft ist wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Den Dschihadisten schließen sich vor allem junge arme Fulbe-Hirten an. Die Macina-Befreiungsbewegung stellt sich als Fürsprecher dieser Schicht gegen die Fulbe-Aristokratie dar, aber letztlich machen die Jungen das wegen des Geldes. Bei ihrer Rekrutierung bekommen sie ein Motorrad und 1 Million FCFA (1.500 Euro) auf die Hand. Letztlich weiß Amadou Kouffa gar nicht, was die ihm untergeordneten Einheiten in ihren Gebieten treiben. Das sind auf jeden Fall keine besseren Muslime. Das sind überhaupt keine wirklichen Muslime – eher Banditen.

Rechtsprechung mit dem Gewehr über der Schulter

Alaiye ist Bambara und für seinen Zwiebelanbau bekannt: Anfangs waren die Dschihadisten gut. Ihre Rechtsprechung

zum Beispiel war gerechter, nicht so korrupt wie die vom Staat. Aber gleichzeitig hatten sie dabei als Überzeugungsmittel eben ein Gewehr über der Schulter. Mittlerweile gibt es aber immer mehr Denunziationen. Ich wurde auch mal bei den Dschihadisten angezeigt. Da war jemand mit der Arbeit der COPON nicht einverstanden und wollte sich rächen. Ich wurde vorgeladen, konnte sie aber überzeugen, dass die COPON im Sinne mittellose Bauern handelt. Unserem gewerkschaftlichen Projekt, 200 Hektar Land zu erschließen, stehen die Dschihadisten positiv gegenüber, weil es der breiten Bevölkerung zugutekommt. Sie wissen auch davon, dass uns Weiße [Aktivist*innen von AEI aus Deutschland – die Redaktion] dabei unterstützen; sie würden sogar mit den Weißen Gespräche führen, wenn diese dies wünschten. Empfehlen würde ich solch ein Treffen mit den Dschihadisten allerdings nicht, fügt Alaiye lachend hinzu.

Todesangst und keine Musik

Stark gestikulierend drückt Ousmane seinen Unmut aus: Seit ein paar Jahren können wir uns nicht mehr frei bewegen. Bei ihrer Ankunft haben wir noch gedacht, dass sie tatsächlich auf das Wohlergehen der Bevölkerung bedacht sind. Aber sie haben letztlich zu nichts Gutem geführt, sie zerstören einfach alles und wir finden keine Ruhe mehr. In unserem Dorf darfst du keine Musik hören. Wenn du Zigaretten kaufen willst, sagt dir der Ladenbesitzer, dass es so was bei ihm nicht gebe. Anschließend schickt er allerdings einen Jungen hinter dir her, der dir die Zigaretten übergibt. Zum Rauchen musst du dann in den Wald. All die Dinge, die Geist und Seele beleben, können wir nicht tun. So wie wir hier sitzen, Tee trinken und diskutieren, das kann man nicht mehr überall. Almamy, ein junger Reisbauer, nickt und fügt hinzu: Wir können nur zu bestimmten Zeiten auf unsere Felder. Früh morgens und abends versuchen wir, uns dort nicht sehen zu lassen. Das ist dann die Zeit der Dschihadisten, die in der Nähe ihr Camp haben, bei uns an den Feldern vorbeikommen und nicht gesehen werden wollen. Wenn sie denken, dass wir sie beobachten, laufen wir Gefahr, getötet zu werden. Eine Frau wurde von ihnen bei der Feldarbeit ohne Kopfbedeckung gesehen und gewarnt, dass sie sich richtig kleiden soll. Kurze Zeit später haben sie die Frau wieder unbedeckt angetroffen. Sie haben die Frau dann so zusammengeschlagen, dass sie an den Folgen gestorben ist. Die ehemalige Bäuerin Aissatou, die sich heute vor allem um ihren erblindeten

Mann kümmert, erzählt von ihrem Sohn Ibrahim: Mein Ältester hatte in der nahe Bamako gelegenen Stadt Koulikoro bei der Steuerbehörde einen Job als Bote gefunden. Vor sechs Monaten wurde Ibrahim für einen Auftrag in die kleine Stadt Kouri nahe der malisch-burkinischen Grenze geschickt. Dort wurde er mit vier anderen einfach von Dschihadisten umgebracht. Ohne die finanzielle Unterstützung durch meinen Sohn ist es für mich noch schwieriger geworden.

Konfliktverschärfung bei gekauften Schiedsrichtern

Ndiaye ist seit der ersten Stunde bei der COPON: Gestern erst waren sechs, sieben Dschihadisten in unserem Dorf. Sie kamen bewaffnet und auf Motorrädern und riefen die Leute aus dem Dorf zusammen. Sie teilten uns mit, dass die Herden der Fulbe im Rahmen der Wanderweidewirtschaft schon in den nächsten Tagen bei uns durchziehen werden und wir uns ihnen nicht in den Weg stellen sollten. Unsere Felder sind aber teilweise noch gar nicht abgeerntet. Das Glas mit dem dritten dünnen Teeaufguss lässt Alaiye an sich vorbeiziehen – für „Pferdepipi“ sei er nicht zu haben: Einige Großgrundbesitzer haben einen Deal mit den Dschihadisten abgeschlossen. Damit diese dafür sorgen, dass die aus dem Norden kommenden Rinder nicht ihre Felder niedertrampeln, denn die gestutzten Reispflanzen wollen sie als Futter für ihr eigenes Vieh. Vorher war es der Staat, der den Durchzug der Rinder organisierte. Die Dschihadisten sind sowas wie Schiedsrichter geworden, aber eben keine Unparteiischen, weil sie sich anheuern lassen. So funktioniert das Zusammenspiel zwischen Viehhaltern und Ackerbauern immer weniger. Wollen wir kleinen Bauern unseren noch ungeernteten Reis vor den durchziehenden Rindern schützen, müssen wir Nachtwachen machen, denn unsere Felder beschützen die Dschihadisten nicht. Wenn dann die Hirten mit ihren Herden kommen, gibt es natürlich Konflikte. Sie haben auch ein Interesse, dass ihre Tiere auf nicht-abgeerntete Felder gelangen, denn da können sie gut weiden. Die Konflikte verstärken sich, wenn der Regen im Norden ausbleibt und die Herden früher als üblich zurückkehren. Aber auch, wenn wir später ernten müssen, weil beispielsweise starke Regenfälle unseren Reis in Mitleidenschaft gezogen haben und der langsamer reift.

[*] Die Fulbe sind auch unter ihrem französischen Namen „Peul“ bekannt. Weitere Informationen zur Arbeit der COPON finden sich auf unserer Webseite.

Die EU-Außengrenze rückt immer weiter nach Süden. Dabei spielen die Maghreb-Länder eine wichtige Rolle bei der Abriegelung – samt Folterlagern in Libyen.

Gewalt im Sahel: Konferenzbericht

Seit 2013 ist die Bundeswehr im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA in Mali stationiert. Gleichzeitig häufen sich die Meldungen über Anschläge in der Sahelregion. Vor diesem Hintergrund hat das Netzwerk Fokus Sahel (in dem Afrique-Europe-Interact Mitglied ist) im März 2019 zusammen mit der Evangelischen Akademie Frankfurt eine Fachtagung unter dem Titel „Wege aus der Gewalt? Gesellschaftliches Engagement im Kontext politischer Destabilisierung und gewaltsamer Konflikte im Sahel“ organisiert. Die meisten Referent*innen kamen aus Mali, Niger und Burkina Faso. Neben allgemeinen Vorträgen wurden Themen

wie Jugend, Landkonflikte, Klimawandel und friedenspolitische Initiativen in Workshops vertieft. Mittlerweile ist eine 36-seitige Dokumentation der Tagung erschienen. Sie fasst nicht nur die Inhalte der einzelnen Vorträge und Workshops zusammen, sondern enthält auch Empfehlungen, inklusive der Einschätzung, dass die Vielfachkrise im Sahel nicht militärisch, sondern nur durch zivile Maßnahmen gelöst werden kann.

Die Broschüre kann auf unserer Webseite heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden: info@afrique-europe-interact.net

„Ich bereue nichts“

In Afrika abgeschoben, nach Afrika zurückgekehrt

Mit 14 Jahren ist Martin Ndiaye vor Bürgerkrieg sowie Zwangsarbeit und Gewalt in der Familie aus seinem zentralafrikanischen Heimatland in ein Nachbarland geflohen. Aber auch dort war er als so genannter unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter Übergriffen und Unsicherheit ausgesetzt. Zwar konnte er sich gegenüber internationalen Hilfsorganisationen soweit durchsetzen, dass er zur Schule gehen durfte. Eine Zukunft gab es für ihn dort aber nicht. Deswegen machte er sich wieder auf den Weg. Heute lebt und arbeitet er in Europa. Im März dieses Jahres nahm Martin als Mitglied von Afrique-Europe-Interact an einer Delegationsreise nach Mali teil. In diesem Interview berichtet er über seine strapaziose Reise durch mehrere zentral- und westafrikanischen Länder sowie seine Rückkehr nach Westafrika.

Du bist aus Zentralafrika allein als Jugendlicher bis nach Algerien gereist. Weshalb und was hast du erlebt?

Dort, wo man mich als jugendlichen Flüchtling untergebracht hat, war es einfach zu gefährlich. Auf dem Weg von der Schule wurde ich regelmäßig überfallen. Die Jugendlichen, mit denen ich zusammenwohnte, wurden teilweise über ein Schutzprogramm der Vereinten Nationen nach Australien und in die USA umgesiedelt – vor kurzem habe ich sie über facebook wiedergefunden. Ich habe über mehrere Monate etwas Geld zur Seite legen können. Ich wollte auch nicht länger mit dem Label Flüchtling leben und dachte im Jahr 2010, ich könnte vielleicht nach Algerien gehen, um dort zur Schule zu gehen. Die Reise war allerdings alles andere als einfach. Nach einigen Umwegen hat man mich schließlich einige Kilometer vor Tamaresset in Algerien ausgesetzt, von wo ich vier Stunden durch die Wüste bis in die Vorstadt gelaufen bin. Mein Mitreisender, den ich kurz vorher kennengelernt hatte, und ich wurden von Jugendlichen in eine Falle gelockt und ausgeraubt. Als wir das bei der örtlichen Polizei angezeigt haben, hat die stattdessen uns festgenommen. Erst in der Gefängniszelle mit vielen anderen aus anderen subsaharischen Ländern ist mir klar geworden, dass ich ein Migrant unter vielen bin und dass ich mich anscheinend auf einer Fluchtroute bewegt habe. Nach einer Woche in Gefangenschaft unter großer Angst bin ich mit einem Bus nach Mali abgeschoben worden. Dort raubte uns dann erstmal die malische Polizei aus.

Wie ging es dann weiter für dich?

Ich bekam keinen Platz in einem Lastwagen des malischen Roten Kreuz, die Abgeschobene nach Gao in Zentralmali bringen. Ein neu während der Haftzeit gewonnener und mit mir abgeschobener Freund bezahlte für mich dann einen Platz auf einem

Lastwagen – ein Erdöltransport von Tuareg-Händlern. Ohne Schutz vor Regen ging es so elf Tage bis nach Gao. Während dieser anstrengenden Fahrt kam ich irgendwie zu der Einsicht, dass – nach all dem, was ich bis jetzt durchgemacht hatte – es irgendwie eine Zukunft für mich geben wird. In Gao schlief ich draußen am Busbahnhof. Tagsüber vertrieb ich mir die Zeit mit Lesen in der örtlichen Bibliothek. Das war wohl ein ungewöhnlicher Anblick für die dort Arbeitenden. Mit ihrer Hilfe bekam ich einen Platz im Maison des Migrants, einem Rasthaus für Migrant*innen. Von dort wurde mir die Weiterreise nach Bamako ermöglicht, wo ich mehrere Monate in dem dortigen Zentrum der ARACEM unterkam [Organisation der Zurückgeschobenen aus Zentralafrika in Mali, welche Afrique-Europe-Interact mitgegründet hat – die Redaktion]. Ein erwachsener Gestrandeter

nahm mich unter seine Fittiche und half mir, Jobs auf dem Bau und in einer Bäckerei zu finden. Ihn habe ich als ersten aufgesucht, als ich nun nach mehreren Jahren hier wieder herkam. Als ich durch glückliche Umstände mit einer Gruppe von Aktivist*innen zu einer politischen Konferenz in ein Nachbarland fahren konnte und dort durch weitere glückliche Umstände bleiben und zur Schule gehen konnte, habe ich vor allem an meinen zurückgebliebenen Freund und Beschützer gedacht. Ich wusste, dass er weder Matratze noch Decke und Wechselklamotten hatte. Ich schickte ihm die Decke, die ich auf meiner ganzen Reise von Zentralafrika über Algerien nach Mali bei mir behalten hatte, eine Matratze und ein neues Paar New Balance-Schuhe, das ich geschenkt bekommen hatte.

Hast Du nach all den Jahren jemals daran gedacht, wieder dein Heimatland zu besuchen?

Ich hatte vor einiger Zeit überlegt, in meinem Urlaub dorthin zu reisen. Auch wenn ich dort niemand mehr habe – zumindest niemand, den ich sehen möchte. Ich hatte schon alles organisiert, die Reise dann aber im letzten Augenblick abgesagt. Ich merkte, dass ich noch nicht bereit war. Der Moment wird kommen, an dem ich spüre, dass der Moment gekommen ist. Es ist für mich immer noch meine Heimat, und das Land, in dem ich etwas zum Guten verändern möchte. Ich bin nun erstmal nach Mali gereist, wo ich auf meinem Weg ja längere Zeit verbracht hatte.

Wie war es für Dich, dort anzukommen?

In meinem Flugzeug war eine Gruppe von jungen Menschen, die aus Marokko abgeschoben wurden. Das habe ich erst bei meiner Ankunft am Flughafen, bei der Passabfertigung gemerkt. Ich bin dann zu der Gruppe, die verloren und mit nichts als ihren Kleidern am Körper in der Gepäckhalle stand. Ich wollte ihnen den Tipp geben, dass es in Bamako die von malischen Abgeschobenen für Abgeschobene gegründete Organisation AME gibt, die Assoziation der Abgeschobenen Malis. Einer der Männer in meinem Alter erzählte mir, dass die malische Polizei ihnen gerade das letzte, was sie bei sich hatten, abgenommen hat. Mir wird erst jetzt im Gespräch klar, dass mir das ja genau so ergangen war damals.

Abgeschoben und beklaut. Nur hier war es sogar noch so, dass Polizisten ihre eigenen Bürger beraubten. Das erste, was ich dann gemacht habe, war meinen Freund anzurufen. Ich hatte ihm nichts von meiner Rückkehr erzählt. Wir haben uns sofort wieder bestens verstanden und den Tag damit verbracht, in unseren alten Geschichten zu schwelgen. Ich bereue irgendwie nichts. All das hat mich zu dem gemacht, der ich heute bin.

Am 6. Februar wird auch nächstes Jahr wieder an die mindestens 15 Toten des europäischen Grenzregimes in Ceuta von 2014 gedacht. Was bedeuten solche Erinnerungsaktivitäten für dich?

Als Kind habe ich mehrfach versucht, mir das Leben zu nehmen, weil ich nicht mehr wusste wie weiter. Als ich dann an der algerisch-malischen Grenze in der Wüste die Gräber von Menschen gesehen habe, die sich vor Verzweiflung nach ihrer Abschiebung umgebracht haben, habe ich mich dort selbst liegen sehen. So hätte es mir auch ergehen können. Menschen, die solchen Situationen nie ausgesetzt waren, können das nicht verstehen und man muss es ihnen erst nahebringen. Deswegen sind solche Gedenkaktionen wie die zum 6. Februar so wichtig, und natürlich für andere Migrant*innen und die Angehörigen der Umgekommenen. Für mich – und für die Angehörigen von Verstorbenen – ist Erinnerung an die Toten der Migration, die sich vor Verzweiflung das Leben genommen haben oder nur deswegen umgekommen sind bzw. umgebracht wurden, weil sie Flüchtlinge oder Migrant*innen waren, eine Selbstverständlichkeit. Die Notwendigkeit ist für Migrant*innen wie mich glasklar. Wir sehen uns in ihnen.

Die Einsicht kam, dass es auch für mich eine Zukunft geben wird.



Am 24.08.2019 haben wir uns in Dresden bei der Parade „Solidarität statt Ausgrenzung“ an einem Wagen zu Fluchtursachen beteiligt. [Foto: Afrique-Europe-Interact]



Die Parade in Dresden war von dem bundesweiten Bündnis #unteilbar initiiert worden, insgesamt sind 40.000 Menschen nach Dresden gekommen. [Foto: Umbruch Bildarchiv]



Auf der Parade in Dresden gab es unter anderem einen großen Block von Welcome United mit 10.000 Menschen, darunter der Wagen zu Fluchtursachen. [Foto: Umbruch Bildarchiv]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist*innen unter anderem in Mali, Burkina Faso, Togo, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant*innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

6. FEBRUAR 2020

Am 6. Februar 2014 setzte die spanische Guardia Civil Gummigeschosse und Tränengas gegen Migrant*innen ein, die versuchten, die zu Spanien gehörige, aber auf marokkanischem Territorium gelegene Küstenstadt Ceuta schwimmend zu erreichen. Mindestens 15 Menschen sind damals ums Leben gekommen. Vor diesem Hintergrund ruft das „Watch the med - Alarmphone“ (www.alarmphone.org) am 6. Februar 2020 zu Gedenkaktionen auf. Dabei soll aller Migrant*innen gedacht werden, die in den letzten 30 Jahren auf dem Meer, in der Wüste oder wo auch immer ihr Leben verloren haben. Die zentrale Aktion wird in Oujda in Marokko stattfinden – zusammen mit Familienangehörigen verstorbener bzw. vermisster Migrant*innen. Afrique-Europe-Interact hat sich seit 2015 immer wieder am 6. Februar an Gedenk-Feiern, -Demonstrationen und -Konferenzen beteiligt.

Am 6. Februar 2020 werden wir nicht nur in Oujda sein, sondern auch Aktivitäten in Mali und womöglich weiteren Ländern organisieren. Informationen hierzu auf unserer Webseite.

IMPRESSUM & INFOS

Redaktion: Daniel Bendix, Olaf Bernau, Dorette Führer, Laura Lambert, Volker Mörchen

Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu.

Beilage taz, analyse & kritik, Jungle World und Graswurzelrevolution

Newsletter Wir veröffentlichen ein- bis zweimal pro Monat einen Newsletter. Bei Interesse bitte über unsere Mailadresse bestellen.

Veranstaltungen Bei Interesse gerne an uns herantreten.

V.I.S.D.P. Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Förderung Die Arbeit von AEI bzw. diese Zeitung wird unterstützt von:

Rewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine fast ausschließlich ehrenamtliche Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren. Konkret sammeln wir derzeit für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten im Bereich bürgerliche Selbstorganisation in Mali; **zweitens** für das Alarmphone Sahara und andere Aktivitäten im Bereich Migration; **drittens** für die Unterstützung der AEI-Vereinslokale in Mali und Tunesien; **viertens** für das Rasthaus in Rabat; **fünftens** für das ökologische Künstler_innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung; **siebten** für unsere Aktivitäten zu Togo und Kamerun; **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC GENODEM1GLS